

## KOMMENTAR ZU UNION

## Vom Koch und vom Kellner

Er hat gedroht. Er hat ein Erpressungsmanöver gestartet. Er hat sich aufgeführt wie ein freches, bockiges Kind. Er hat der Bundeskanzlerin Unverschämtheiten an den Kopf geschleudert. Und trotzdem: Horst Seehofer kann zufrieden sein. Er hatte mit seiner rabiaten Tour tatsächlich Erfolg. Dem Bundesinnenminister ist es gelungen, Angela Merkel vorzuführen. Erneut ist die Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik vor dem Polit-Berserker ein Stück weit eingeknickt. Kopfschüttelnd fragt sich der staunende Beobachter: Was will sich die CDU-Chefin noch alles von ihrem Erzrivalen bieten lassen? Wie oft will sie ihm entgegenkommen? Wer ist in der Regierung Koch, und wer ist Kellner?

Ihren einstigen Anspruch, nämlich für eine humane Flüchtlingspolitik zu stehen, scheint Merkel inzwischen komplett vergessen zu haben. Auch ihr bisheriges Credo, dass Flucht- und Migrationsbewegungen nur gesamt-europäisch in geordnete Bahnen gelenkt und begrenzt werden können, gilt offenbar nur noch sehr bedingt. Denn ihr Kompromiss mit Seehofer birgt die Gefahr, das gesamte europäische Asylsystem zu kippen.

Für die Regierung in Wien wird das Zurückweisen von Flüchtlingen an der bayerisch-österreichischen Grenze nämlich der willkommene Anlass sein, die Grenzen zu Italien und Slowenien zu schließen. Italien wiederum dürfte sich dadurch ermutigt sehen, die Häfen für Flüchtlingsboote weiter zu sperren. Wie Dominosteine werden die Staaten fallen und auf nationale „Lösungen“ setzen. Schlagbäume statt offene Binnengrenzen – soll das die Zukunft der EU sein? Unterstützung für Mafiatruppen wie die libysche „Küstenwache“ statt Hilfe für verzeufelte Flüchtlinge – ist das tatsächlich Ausdruck einer wertebasierten Politik der europäischen Staatengemeinschaft?

Aber moralische Fragen spielen bei der Diskussion über das

von der CSU zum Schicksalsthema aufgeblasenen Randproblem der Sekundärmigration kaum noch eine Rolle. In Berlin geht es derzeit allein um Macht und politisches Kalkül. Merkel hat Seehofer nachgegeben, weil sie im Bundestag die Fraktionsgemeinschaft mit der CSU unter allen Umständen beibehalten will. Gleichzeitig weiß die Kanzlerin, dass ihre eigene Partei keineswegs geschlossen hinter ihr steht. Auch viele der CDU-Abgeordneten sympathisieren mit den Ideen Seehofers, sind lediglich abgeschreckt von dessen egomanischem Auftreten. Auf wessen Seite sie sich bei einem großen Knall geschlagen hätten, war für Merkel unkalkulierbar. Ihr Waffenstillstand mit Seehofer ist der Versuch, diese Bruchlinien zu überdecken.

## Angst vor der eigenen Courage?

Die Kanzlerin wirkt zunehmend wie eine Getriebene, sie ist geschwächt und erpressbar geworden. Seehofer wird ihr keine Ruhe lassen. Er wird spätestens dann wieder auftrumpfen, wenn die SPD den unionsinternen Kompromiss ablehnen sollte. Eigentlich müssten die Sozialdemokraten das auch tun. Noch vor drei Jahren waren sie vehement gegen Transitzentren, lehnten sie als Massenlager ab. Doch bleibt die SPD dabei? Nimmt die Partei in Kauf, dass ihr in diesem Fall schnell der „Schwarze Peter“ für weitere Turbulenzen in der Regierung zugeschoben wird. Steht sie trotzdem zu ihren Prinzipien? Oder bekommt die SPD-Spitze doch wieder Angst vor der eigenen Courage?

j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

JOACHIM ZINSEN



## AKTUELLES STICHWORT

## Bundshaushalt 2019

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will erstmals seit 17 Jahren die deutsche Staatsverschuldung wieder unter die für die Stabilität des Euro vorgesehenen Grenzen senken. Das verlautete gestern aus Regierungskreisen zum Entwurf des Haushalts 2019. Im kommenden Jahr soll die Schuldenquote mit 58,25 Prozent wieder unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen – das entspricht dem sogenannten Maastricht-Kriterium.

Noch 2013 betrug die Verschuldungsquote 77,5 Prozent. „In allen

Haushalten bis 2022 kommt der Bundshaushalt ohne neue Schulden aus“, heißt es in der mittelfristigen Finanzplanung. Scholz plant für 2019 mit steigenden Ausgaben von insgesamt 356,8 Milliarden Euro. Damit steigen die Ausgaben um 3,8 Prozent gegenüber dem Haushalt für das laufende Jahr.

Im Streit um den Wehretat soll Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mehr Geld als bisher geplant bekommen. Ihr Budget soll um vier Milliarden Euro auf 42,9 Milliarden Euro steigen. (dpa)

## AUS ANDERER SICHT

## Urheberrecht: America First – im Europäischen Parlament?

Es ist eigentlich ein ganz normaler Vorgang: Die EU-Abgeordneten stimmen diese Woche über eine Reform des Urheberrechts ab. Alles ist vorbereitet. Vier Fachausschüsse haben intensiv diskutiert und sich für eine Stärkung der Rechte der Kultur- und Medienschaffenden ausgesprochen. Gewöhnlich folgt das Plenum des Parlaments einem vorher abgestimmten Bericht. Diesmal könnte es anders kommen.

Google, Facebook, Amazon, Apple, Microsoft, Twitter – die Hausherren des Internets stemmen sich wuchtig gegen das Reformvorhaben. Sie lassen sich dabei durch ihren Verband EDiMA in Brüssel vertreten. In Vergleich zu dieser geballten digitalen Macht und Wirtschaftskraft erscheinen selbst die großen europäischen Medienhäuser wie kleine Tante-Emma-Läden. Die Verlage haben allerdings die qualitätsvollen

US-Konzerne versuchen derzeit, die Reform des Urheberrechts in der EU noch zu verhindern. Denn dies ist Google und Co. ein Dorn im Auge. Die Netzgiganten haben ein geschlossenes System aufgebaut, mit dem sie Milliarden scheffeln.

journalistischen Inhalte – relevant, glaubwürdig und ohne Fake News. Diese Inhalte möchten die US-Giganten gerne weiterhin ohne Be-

DIETMAR WOLFF  
Hauptgeschäftsführer  
des Bundesverbands  
Deutscher Zeitungsverleger  
in Berlin



zahlung abgreifen und damit Geld verdienen.

Die Strategie von Google, Facebook & Co ist es, ihre Nutzer so lange wie möglich auf der eigenen Plattform zu halten. Nur so können Sie die Menge an Daten über die jeweiligen Nutzer steigern – die Daten lassen sich in der Werbewelt versilbern. Im Bereich der Nachrichten werden von ihnen deshalb nicht bloß die Links, sondern zusätzlich textliche Anreißer der Webseiten der Zeitungen oder Zeitschriften abgegriffen und zusammengestellt.

Nach einer Studie der EU-Kommission reicht über der Hälfte der Nutzer eine solche Übersicht zur Information aus – sie klicken nicht mehr auf die jeweiligen Links durch. So entsteht den Suchmaschinen ein Mehrwert auf Kosten der Verlage.

Diese Schieflage soll jetzt durch das so genannte Leistungsschutzrecht im Rah-

men der Urheberrechtsreform europaweit begründet werden. Im Bereich Film, Fernsehen und Musik ist dies schon vor Jahren erfolgt. Wer Zeitungsinhalte abgreift und kommerziell verwertet, der soll dem Verlag einen Ausgleich zahlen. Die Journalisten erhalten dabei auch einen Anteil. Für die Verbraucher ändert sich nichts. Reine Links können weiter freige-nutzt werden.

## Google verweigert jede Zahlung

Für die praktische Umsetzung stehen zum Beispiel gesetzlich geregelte Verwertungsgesellschaften bereit, die insbesondere den kleinen und mittleren Verlagen helfen könnten, das Geld von großen Suchmaschinen tatsächlich zu bekommen. Über die Angemessenheit des zu zahlenden Betrages an Verwertungsgesellschaften wacht bei uns das Deutsche Patent und Markenamt. Durch die gewähr-

te Angemessenheit werden auch Start-Ups bei einer Zahlungspflicht nicht in ihrer Entwicklung behindert.

In Deutschland wurde bereits ein Leistungsschutzrecht eingeführt. Der Monopolist Google verweigert aber jegliche Zahlung. Die Verwertungsgesellschaft klagt derzeit vor Gericht. So verschafft sich Google Zeit. Aus dieser Erfahrung weiß der US-Riese, dass es aus seiner Sicht besser ist, ein solches Gesetz von vornherein zu verhindern.

Ganze Heerscharen an Netzaktivisten und Roboter erledigen die Lobbyarbeit für die US-Konzerne. „Wir werden derzeit zugemüllt mit E-Mails gegen das Leistungsschutzrecht“, drang es letzte Woche aus den Parlamentsbüros. Von bis zu 40 000 Mails pro Tag sprechen einzelne Abgeordnete. Auf Twitter sammeln sich derzeit Hass- und Gewaltbotschaften an die agierenden Politiker.

Die marktbeherrschenden Plattformen haben sich ihr geschlossenes System im Internet aufgebaut. Immer mehr Milliarden Dollar spült es jährlich in ihre Kassen. Sie beeinflussen Meinungen, Kaufentscheidungen und Wählerverhalten. Sie sorgen damit für eine veränderte Kommunikations-Infrastruktur auch in Europa. Das ist zugleich eine Operation am Nerv der Demokratie.

Wenn die gemeinsame europäische Politik den Anspruch hat, die bewährten Säulen der Demokratie zu schützen, dann kommt sie nicht umhin, das Öko-System des Internets ordnungspolitisch und ausgleichend mitzugestalten. Dazu ist jetzt bei der Reform des europäischen Urheberrechts die Gelegenheit. Gefragt sind europaweite und durchsetzbare Gesetze, denen sich niemand, auch nicht US-Giganten, verweigern können. Andernfalls bestätigt es America First – mit Hilfe der Europäer.

## Ein Berliner Sommerdrama

CDU und CSU raufen sich doch noch zusammen. Aber der Riss zwischen der Kanzlerin und dem CSU-Chef ist noch tiefer geworden. Dessen Verhalten sei selbstzerstörerisch, hieß es.

VON JÖRG BLANK, GEORG ISMAR  
UND CHRISTOPH TROST

**BERLIN** Vor der Fraktionstür tut Horst Seehofer noch so, als könne die Union nach den jüngsten Schreckenswochen so weitermachen wie bisher. „Des is scho“ wieder Geschichte“, versucht der CSU-Chef auf die Frage zu beschwichtigen, ob seine Rücktrittsdrohung ein Fehler war oder ob gerade sie den Durchbruch beim Migrationsstreit mit der CDU gebracht habe. Und gibt sich maximal pragmatisch: „Wissen Sie, was wichtig ist? Immer das Ergebnis.“ Als eine Reporterin noch wissen will, ob er atmosphärisch wieder zum Normalzustand mit der Kanzlerin übergehen könne, winkt der Innenminister ab: „Ach... Machen Sie sich keine Sorgen.“

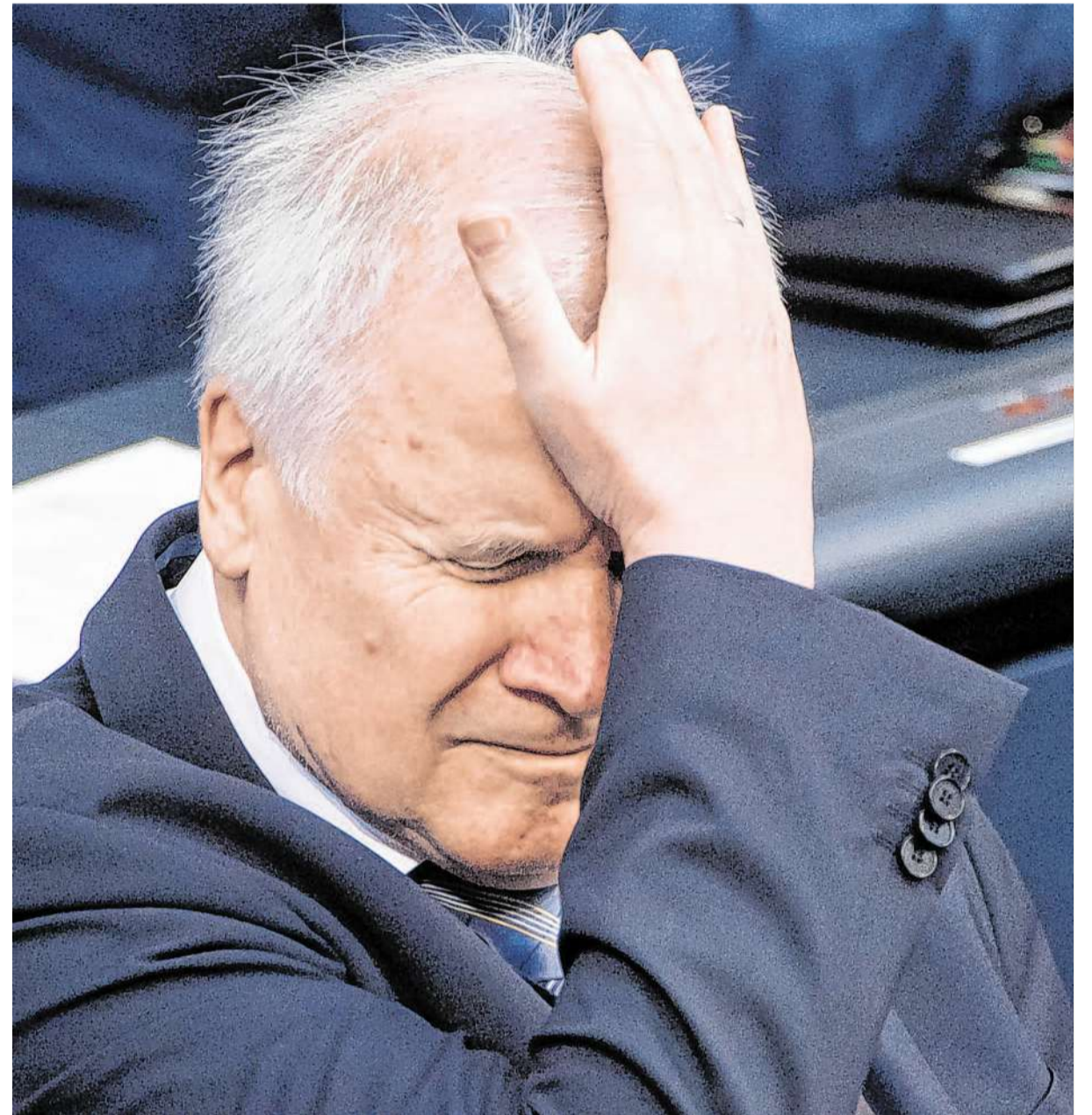
Wer dann die Szene beobachtet, als die Kanzlerin ihren Innenminister im Fraktionssaal mit hochgezogenen Augenbrauen begrüßt und sich mit versteinert ernster Miene neben Seehofer setzt, könnte fast denken, da bereite sich ein hoffnungslos verkrachtes Ehepaar auf das Gespräch mit dem Scheidungsrichter vor. Kein Lächeln, keine Zugewandtheit – mehr Distanz lässt sich kaum demonstrieren.

## In den Abgrund geschaut

Immer wieder hat es in den vergangenen drei Jahren seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 schwer gekracht zwischen Seehofer und Merkel. Doch der aktuelle Migrationsstreit mit seinem Höhepunkt, der letztlich wieder zurückgenommenen Rücktrittsdrohung vom Sonntag, dürfte noch den letzten Rest an Wohlwollen und Zugeneigtheit zwischen den beiden Vorsitzenden hinweggefegt haben.

In der CDU heißt es, auf geradezu selbstzerstörerische Art hätten Seehofer und die CSU den Konflikt auf die Spitze getrieben, man habe tagelang in den Abgrund geschaut. In der CSU wiederum fragt man sich, warum Merkel bis zuletzt keinen Millimeter nachgegeben, auf keine Kompromissangebote reagiert habe.

Zwei Wochen lang sah es so aus, als könnte die vierte Regierung Merkels schon nach nur gut 100 Tagen platzen – und das wegen der eigenen Schwesterpartei. Doch ein Scheitern der Regierung angesichts der Krisen in der Welt und des anschwellenden Nationalismus in Europa wollten wohl nur wenige in der Unionsfraktion riskieren. Am Ende wollen die Abgeordneten wohl beider Seiten nur noch eines: Einen Kompromiss. Mit einem solchen Streit in die Sommerpause zu ziehen – das wäre für viele dann doch zu selbstmörderisch gewesen. Vermutlich hat auch eine Mischung aus Hartnä-



Gestern bei der Haushaltsdebatte im Bundestag: Horst Seehofer macht einen angeschlagenen Eindruck.

FOTO: DPA

ckigkeit, Stolz und Sturheit Seehofers die Union an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Zwar ist der 68-Jährige schon lange für Drohungen und Ultimaten bekannt, erst recht für seine Kehrtwenden. Aber erst einen Rücktritt und dann einen Rücktritt vom Rücktritt innerhalb von 24 Stunden – das haben die Christsozialen so auch noch nicht erlebt. Entsprechend groß war das Beben, das Seehofer am Sonntagabend ausgelöst hatte. Nicht einmal der engste Führungskreis wusste offenbar vorab davon.

## Gründe im Persönlichen

Auch in der CSU herrscht die Auffassung, dass die Gründe für die jüngste Eskalation vor allem im Persönlichen zu suchen sind. Der Dauerstreit Merkel/Seehofer hat tiefe Gräben hinterlassen – die kaum mehr zu überbrücken sind. Andererseits ist die Katastrophe aus Sicht der CSU abgewendet: Seehofer bleibt, die CSU muss nicht einmal einen neuen Chef und Innenminister suchen. Das wäre dreieinhalb

Monate vor der bayerischen Landtagswahl eine weitere massive Belastung gewesen – wobei der Schaden nach Ansicht vieler schon jetzt enorm ist.

„Wir müssen jetzt gemeinsam zu Stabilität zurückfinden. Wir müssen den Eindruck von Ruhe und Verlässlichkeit ausstrahlen“, betont Ministerpräsident Markus Söder, der am 14. Oktober die Wahl vor sich hat. Man müsse „jetzt endlich wieder mehr über Sachfragen reden“. Auf die Frage, wie groß der Schaden für den Wahlkampf sei, antwortet er ausweichend: „Gut ist, dass es ein vernünftiges Ergebnis gibt. Wir können uns jetzt wieder auf Bayern konzentrieren.“

Die SPD hat nun die Situation, die sie vermeiden wollte: Eine über den Koalitionsvertrag hinausgehende Vereinbarung, die sie mittragen muss, wenn die Koalition diese Krise überleben soll. Doch selbst wenn das politische Sommertheater mit der SPD ausbleiben sollte – die Unionsfamilie dürfte bis zur bayerischen Landtagswahl immer wieder für Unterhaltung sorgen. Kaum

jemand in der CDU glaubt, dass die CSU nach dem Streit nun Ruhe gibt – zu tief sitzt bei Seehofer und in weiten Teilen der Christsozialen die Wut auf Merkel, deren Flüchtlingspolitik sie als wohl größte Gefahr für die Verteidigung der absoluten Mehrheit in Bayern sehen.

## Wie lange hält Merkel noch still?

Doch auch bei Merkel dürfte die Geduld nicht unerschöpflich sein. Zumal die Kanzlerin Deutschland angesichts der internationalen Lage vor riesigen Herausforderungen sieht und statt auf nationale Alleingänge, wie von der CSU angepeilt, auf europäische Stärke setzt. Zwar sei die Kanzlerin im Umgang mit Seehofer & Co. „relativ schmerzfrei“, heißt es bei Parteifreunden, die sie gut kennen. Sie mache um des lieben Friedens in der gemeinsamen Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU ja alles Mögliche mit. Aber auch bei der Kanzlerin gebe es Grenzen der Kompromissfähigkeit. Den europäischen Gedanken etwa – den werde sie nicht fahren lassen.